

BESCHLOSSENES PROTOKOLL ZUR 26. SITZUNG DES MEDIATIONSFORUMS „ZUKUNFT LANDWEHRKANAL“

Datum: 24.1.2011
Beginn: 16:30 Uhr
Ende: 23:00 Uhr
Ort: Wasser und Schifffahrtsamt / WSA Berlin
Mehringdamm 129, 10965 Berlin

Mediatoren: Beate Voskamp & Stefan Kessen
Protokollantin: Claudia Schelp
Teilnehmer/innen: siehe Teilnehmerliste

Eingehaltene Tagesordnung:

1. Eröffnung, Begrüßung
2. Beschluss über die Tagesordnung
3. Was gibt es Neues / Berichtenswertes?
 - 3.1. Kosten der Baumaßnahmen
 - 3.2. Bericht aus den Arbeitsgruppen
 - 3.2.1. AG Bestandserfassung und -bewertung:
Zwischenpräsentation am 14.12.2010
 - 3.2.2 AG Urbanhafen: van Loon im Urbanhafen am 16.12.2010
 - 3.3. Bericht des WSA Berlin: v.a. Konzeption Entwurf HU
4. Kommunikation mit dem BMVBS:
Vorbereitung der Dialog-Veranstaltung im BMVBS am 7. Februar 2011
5. Diskussion zum Thema „van Loon am Urbanhafen“
6. Verschiedenes
u.a. Bericht von Frau Bodenmeier zur Abschlussveranstaltung von „Countdown 2010“
7. Verabschiedung

1. Eröffnung, Begrüßung

Die Mediatoren begrüßten die Teilnehmer/innen zur 26. Forumssitzung und wünschten allen ein gutes neues Jahr, konstruktive Gespräche im Forum, einen erfolgreichen Fortgang und alles Gute für den Landwehrkanal.

Einige Forumsteilnehmer/innen hatten sich vor der Sitzung bei den Mediatoren dafür entschuldigt, dass sie zur heutigen Sitzung nicht erscheinen konnten: Herr Hiller, Frau Kielhorn, Frau Profé, Herr Joswig, Herr Lingenauber, Herr Loch, Herr Grondke und Herr Heitmann. Die Mediatoren begrüßten als Gast der heutigen Sitzung Herrn Gerd Grössel, Leiter des Rechtsdezernats in der WSD Ost. Dieser stellte sich selbst kurz vor und erklärte, dass er heute ins Forum gekommen sei, um zum Tagesordnungspunkt Kosten der Baumaßnahmen Abläufe und Hintergründe zu erläutern.

Frau Voskamp kündigte an, dass Herr Panhoff, neuer Baustadtrat in Friedrichshain-Kreuzberg und Nachfolger von Frau Kalepky, habe mitteilen lassen, dass er zur Sitzung hinzukommen werde, allerdings erst etwas später.

2. Beschluss über die Tagesordnung

Auf die Frage von Frau Voskamp, ob es Ergänzungs- oder Änderungsbedarfe zum Tagesordnungsentwurf gebe,

- bat Frau Kleimeier darum, die Diskussionen zum Thema „van Loon am Urbanhafen“ im Tagesablauf nach hinten zu verschieben;
- bat Herr Appel darum, unter dem TOP „Verschiedenes“ die Abschlussveranstaltung der Senatsverwaltung für Stadtentwicklung zum Countdown 2010 aufzunehmen - einem internationalen Bündnis zum Stopp des Artenrückgangs, dem das Land Berlin drei Jahre vor Ablauf und noch ohne bereits selbst über eine eigene Strategie zum Stopp des Artensterbens zu verfügen, beigetreten war. Er schlug vor, dass Frau Bodenmeier, die an der Veranstaltung teilgenommen hatte, davon berichten könnte, insbesondere im Hinblick darauf, wie die Countdown-Ziele angesichts des sich wohl abzeichnenden völligen Scheiterns und der Verlängerung zum Jahrzehnt der Artenvielfalt bis 2020 erreicht werden könnten. Frau Bodenmeier erklärte sich dazu bereit;
- erkundigte sich Herr Dohna danach, unter welchem Punkt der TO die Konzeption Entwurf HU thematisiert werde. Frau Dr. Ernst erklärte, dass dies zum TOP „Bericht des WSA“ gehöre und in der heutigen Sitzung auch der einzige Punkt des Berichts sein werde. Herr Dohna erläuterte, dass ihm dieser Punkt insbesondere wegen der Vorbereitung auf die anstehende Einladung des Forums in das BMVBS am 7. Februar 2011 wichtig sei.

Alle genannten Punkte wurden aufgenommen und die Tagesordnung wurde mit diesen Änderungen vom Forum so beschlossen.

Da der Protokollentwurf zur 25. Forumssitzung erst kurz vor der heutigen 26. Forumssitzung verschickt worden war, konnte das Protokoll zum Zwecke der Beschlussfassung nicht besprochen werden. Frau Voskamp schlug vor, das Protokoll im Umlaufverfahren per E-Mail zu bearbeiten. Als Rückmeldefrist für Änderungs- und Ergänzungsbedarfe wurde der 8. Februar 2011 vereinbart.

Frau Kleimeier hatte Nachfragen zu einzelnen Stellen im Protokoll, die sie direkt an die betreffenden anwesenden Personen richtete. Es wurde vereinbart, dass die daraus resultierenden Korrekturen ebenfalls schriftlich bis zum 8. Februar 2011 an die Mediatoren geschickt werden sollen. Frau Kleimeier merkte auch an, dass es sich beim Urbanhafen nur dem Namen nach um einen Hafen handle, er tatsächlich aber keiner mehr sei. Vielmehr sei der Urbanhafen heute eine Grünanlage und auch als solche gewidmet.

Die Vertreter/innen des WSA sagten zu, die im Protokoll der 25. Sitzung genannte Sportbootvermietungsverordnung den Forumsteilnehmer/innen zur Verfügung zu stellen.

3. Informationen: Was gibt es Neues / Berichtenswertes?

3.1. Kosten der Baumaßnahmen

Frau Voskamp berichtete, dass sie im Dezember 2010 von Herrn Leder angerufen worden sei. Der Bezirk Mitte hätte ein Schreiben der WSD Ost erhalten, in dem diese mitteilte, dass die Kosten für die am Landwehrkanal durchgeführten Baumfällungen und Rückbau der -sicherungen durch die beteiligten bzw. betroffenen Bezirken zu tragen seien. Herr Leder hatte darum gebeten, das Thema auf die Tagesordnung zu setzen und im Forum für den Bezirk Mitte dazu Stellung nehmen zu können. Die Mediatoren baten Herrn Leder, die Geschehnisse aus seiner Sicht für die Forumsteilnehmer/innen zu schildern.

Herr Leder drückte seine Irritation aus, dass, obwohl seit Beginn des Mediationsverfahrens im Herbst 2007 gemeinsam ein transparentes Vorgehen vereinbart worden sei, der Sachverhalt im Forum von den beteiligten Stellen nicht erwähnt worden sei. Vielmehr habe der Bezirk Mitte unangekündigt am 14. Dezember 2010 einen Brief der WSD Ost erhalten. Dieser Brief beinhaltete zum einen, die Kosten der Baumaßnahmen mit den betroffenen Bezirken gegenüber anteilig abzurechnen und zum anderen die Aufforderung, die Verjährungsfrist, die mit Ablauf Dezember 2010 eingetreten wäre, freiwillig zu verlängern. Es handele sich um 250.000 Euro, die der Bezirk Mitte als Anteil an den entstandenen Kosten tragen solle. Der Bezirk Mitte habe dem Schreiben der WSD Ost widersprochen, woraufhin von der WSD Ost ein Mahnbescheid an den Bezirk ergangen worden sei. Am 17. Januar 2011 habe dann auf Wunsch der WSD Ost ein Termin mit Vertretern des Bezirks Mitte im WSA Berlin stattgefunden, um den Sachverhalt und das weitere Vorgehen zu besprechen. In diesem Termin sei u.a. eine Begehung der Standorte der gefälltten bzw. gesicherten Bäume verabredet worden, welche aber noch nicht stattgefunden habe. Herr Leder fügte hinzu, dass er sich mit seinen Ausführungen bemüht habe, das Forum nur zu informieren, ohne eine Wertung vorzunehmen.

Die Mediatoren bedankten sich bei Herrn Leder für seine Erläuterungen und fragten die Bezirksvertreter/innen von Friedrichshain-Kreuzberg und Neukölln nach weiteren Stellungnahmen zu diesem Sachverhalt. Herr Kittelmann erklärte, auch der Bezirk Neukölln habe im Dezember 2010 ein solches Schreiben von der WSD Ost erhalten. Obwohl die geforderte Summe für Neukölln vergleichsweise geringe 5.900 Euro für zwei betroffene Bäume betragen würde, sei es ihm wichtig, dieses Vorgehen auch zu bewerten. Ihm ginge es im Prinzip um den gleichen Punkt wie Herrn Leder: Sie säßen seit nunmehr drei Jahren gemeinsam im Mediationsforum und würden über vieles, auch über weniger wichtige Details sprechen, und daher sei es ihm völlig unverständlich und nicht nachvollziehbar, dass ein solch wichtiges und zentrales Thema nicht angesprochen werde. Das Rechtsamt des Bezirks Neukölln habe dem Grünflächenamt empfohlen, der Verlängerung der Verjährungsfrist nicht zu widersprechen, um einen Rechtsstreit zu vermeiden. Dieser Empfehlung seien sie gefolgt, doch das solle nicht bedeuten, dass sie inhaltlich mit den Forderungen übereinstimmen würden. Herr Kittelmann gehe zudem davon aus, dass die Forderungen sich als gegenstandslos erweisen werden, da in einem Schreiben des WSA vom 22. Juni 2007 die beiden betroffenen Bäume selbst als Eigentum des WSA bezeichnet werden.

Frau Tonn ergänzte, dass auch sie verärgert gewesen sei über den entsprechenden Brief der WSD Ost an den Bezirk Friedrichshain-Kreuzberg, insbesondere auch wegen der darin enthaltenen Zeitschiene: dem Bezirk Friedrichshain-Kreuzberg sei das Schreiben der WSD Ost am Freitag, den 17. Dezember 2010 zugegangen mit der Aufforderung, bis zum Montag, den 20. Dezember 2010 eine Entscheidung zu treffen. Dennoch habe auch der Bezirk Friedrichshain-Kreuzberg einer Verlängerung der Verjährungsfrist bis Ende Juni 2011 zugestimmt. Den von der WSD Ost vorgeschlagenen Termin im WSA im Januar 2011 habe man wegen noch fehlender und seitens der WSD Ost zu erst zu beschaffender und dem Bezirk bereitzustellender Unterlagen abgesagt. Die genannte Summe sei mit 191.000 Euro aus ihrer Sicht sehr hoch. Für Friedrichshain-Kreuzberg sei wichtig, dass beide Seiten ausreichend Zeit zur Vorbereitung eines solchen Termins hätten, insbesondere in Anbetracht der Höhe der Forderung. Herr Kittelmann ergänzte, dass auch Neukölln aus demselben Grund den Termin im WSA abgesagt hätte.

Frau Voskamp bedankte sich bei Frau Tonn und Herrn Kittelmann und erkundigte sich, ob

noch weitere Bezirke außer Mitte, Neukölln und Friedrichshain-Kreuzberg betroffen seien; dies war nicht der Fall.

Herr Dohna erkundigte sich, ob die 5.900 Euro tatsächlich nur für zwei Bäume angefallen seien, was Herr Kittelmann bejahte. Herr Appel fragte, warum Friedrichshain-Kreuzberg und Neukölln der Verlängerung der Verjährungsfrist zugestimmt hätten. Herr Kittelmann erklärte, dass das Rechtsamt sie dahingehend beraten hätte, aus kollegialen Gründen und nur der Fristverlängerung, jedoch nicht in der Sache selbst zuzustimmen, u.a. auch um einen möglichen Rechtsstreit zu vermeiden. Kreuzberg und Neukölln haben einer Fristverlängerung bis zum 30. Juni 2011 zugestimmt, der Bezirk Mitte nicht, so dass ihm gegenüber ein Mahnbescheid ergangen sei.

Herr Grössel bestätigte, dass nur die genannten drei Bezirke betroffen seien. Er erläuterte, dass Zahlungsansprüche früher über 30 Jahre lang nicht verjährten, was dazu geführt habe, dass mancher Anspruch sozusagen ausgesessen worden sei. Im Jahr 2002 sei diese Verjährungsfrist vom Gesetzgeber geändert worden, so dass Ansprüche seitdem regelmäßig nach 3 Jahren verjähren würden. Er erklärte, Transparenz herstellen zu wollen über die Abläufe, die zu der jetzigen Situation geführt hätten und auch deutlich zu benennen, was alles schief gelaufen sei. Hintergrund der ganzen Angelegenheit sei, dass der Bundesrechnungshof (BRH) im WSA Berlin eine Prüfung durchgeführt habe. Daraus resultierte etwa Mitte 2009 ein Mängelbericht - genannt Prüfungsmitteilung -, von dem er annehme, dass er dem Forum bekannt sei. Es stellte sich gleich heraus, dass dieser Bericht dem Forum unbekannt sei und auch die Bezirke erst im Dezember 2010 im Rahmen der genannten Schreiben davon Kenntnis erlangten. Kernaussage des BRH sei, dass die WSV dem Land Berlin gegenüber aufgrund der 2007 durchgeführten Sicherungs- bzw. Fällarbeiten von Bäumen am Landwehrkanal Ansprüche geltend machen und eine Kostenbeteiligung erwirken solle. Herr Grössel selbst habe die Situation aufgrund fachlicher Aspekte und zusätzlicher juristischer Unsicherheiten als unklar eingeschätzt. Der Bundesrechnungshof habe seinerzeit die WSD Ost beauftragt, mit dem Land Berlin darüber Verhandlungen aufzunehmen. Die WSD Ost habe wiederum das WSA aufgefordert, den Vorgang aufzugreifen, was aufgrund langwieriger interner Abstimmungsprozesse zunächst nicht passiert sei. Herr Grössel räumte ein, dass hier einiges nicht optimal gelaufen sei. Erst im Sommer 2010 sei das Thema wieder aufgenommen worden, als der Bundesrechnungshof den Vorgang angemahnt habe. Er ging davon aus, dass den Forumsteilnehmer/innen auch dieser Schriftverkehr bekannt sei. Herr Leder unterbrach Herrn Grössel, indem er darauf hinwies, dass nichts von den genannten Vorgängen und Unterlagen dem Forum bekannt sei. Diese Informationen seien für das Forum vollkommen neu. Herr Grössel äußerte überrascht, dass er nicht verstehe, weshalb diese Informationen dem Forum nicht bekannt seien. Er setzte seinen Bericht über die Abläufe fort: Zunächst habe die WSD Ost sich mit ihrem Anliegen an den Berliner Senat gewandt, der jedoch habe seine Zuständigkeit mit Verweis auf die betroffenen Bezirke bestritten. Durch die verschiedenen Zwischenschritte, Kommunikationsschwierigkeiten und Verzögerungen drohte die Zeit für die Verjährungsfristen knapp zu werden, so dass die Unterlagen letztlich erst im Dezember 2010 – d.h. kurz vor Ablauf der Verjährungsfrist am 31. Dezember 2010 – an die betroffenen drei Bezirke verschickt wurden. Herr Grössel räumte erneut ein, dass es innerhalb der Verwaltung zu verschiedenen Kommunikationspannen gekommen sei und betonte, dass er aus juristischen Gründen gezwungen gewesen sei, die Schreiben an die Bezirke zu versenden. Wunsch der WSD Ost sei es indes gewesen, vor diesem heutigen Forumstermin eine Art Warm-Up-Gespräch mit den betroffenen Bezirken zu führen, um das weitere Vorgehen zu besprechen und die schwierigen Zusammenhänge persönlich darstellen zu können. So habe ein aus seiner Sicht gutes, d.h. sachliches und das weitere Vorgehen betreffende Gespräch mit dem Bezirksamt Mitte stattgefunden. Die von den jeweiligen Bezirken angeforderten Informationen und Materialien würden derzeit noch zusammengestellt und ihnen anschließend bereit gestellt. Teilweise seien bereits Unterlagen an den Berliner Senat übersandt worden, von wo aus sie wohl bereits an die Bezirke weitergeleitet wurden.

Die Mediatoren bedankten sich bei Herrn Grössel für die Informationen, die für die Teilnehmer/innen fast alle neu gewesen seien, und für die Offenheit, mit der er die Abläufe darge-

stellt habe.

Herr Dohna erkundigte sich, um welche Arbeiten es sich konkret gehandelt habe, die in die Kostenaufstellung gegenüber den Bezirken eingeflossen seien. Herr Grössel bestätigte Herrn Dohnas Vermutung, dass es sich um die Kosten für Baumfällungen, Sicherungsmaßnahmen (z.B. Bauzäune) und die Betonklötze handele. Allerdings war er auch vorsichtig mit endgültigen Aussagen.

Herr Dohna vermutete, dass noch weitere Leistungen, wie z.B. das Abräumen, Verwahren und das mögliche Weiterverwenden der Betonwürfel sowie der Zäune etc. hinzukämen. Herr Grössel wandte ein, dass es dazu noch keine Zahlen gebe. Daraufhin berichteten mehrere Teilnehmer/innen, dass bereits ca. 20 der Betonklötze (an 10 Bäumen) abgebaut worden seien. Herr Grössel räumte ein, dass er nicht sicher sei, ob diese Kosten enthalten seien. Er verwies darauf, dass der Bundesrechnungshof Kosten in Höhe von 250.000 Euro ermittelt habe, an denen die Bezirke zu beteiligen seien. Die Berechnungen des WSA Berlin hätten sogar 450.000 Euro Kostenbeteiligungssumme ergeben. Herr Leder ergänzte, dass der in dem Schreiben der WSD Ost an den Bezirk Mitte genannte Zeitraum, innerhalb dessen kostenleistungsfähige Arbeiten angefallen seien, am 1. April 2007 beginne und am 30. September 2010 ende. Herr Appel äußerte sich verwundert darüber, dass die Bezirke auch die Sicherungszäune bezahlen sollten, da diese aus seiner Sicht nichts mit den Bäumen zu tun hätten. Herr Grössel sagte zu, dass die Details zu den Kostenermittlungen in den Gesprächen mit den betroffenen Bezirken geklärt werden müssten.

Herr Kessen fasste dahingehend zusammen, dass der Gesprächsfaden mit den Bezirken aufgrund des WIEs (des Vorgehens) unabhängig vom WAS (Kostenteilung) fast gerissen wäre und dass durch das konstruktive Gespräch mit dem Bezirk Mitte der Faden jetzt wieder aufgenommen worden sei.

Herr Appel beklagte, dass das Vorgehen der WSD Ost gegen die im Mediationsforum gemeinsam vereinbarte Transparenz verstoßen habe. Dies sei bereits die zweite Forumssitzung hintereinander, in der kein (den Mediationsteilnehmer/innen vertrauter) Vertreter der WSD Ost anwesend sei, kritisierte zudem Frau Kleimeier. In der letzten, d.h. der 25. Forumssitzung Mitte November 2010, sei die Absicht einer Beteiligung der Bezirke an den Kosten der Baumaßnahmen schon klar gewesen und hätte diesen spätestens zu diesem Zeitpunkt angekündigt werden müssen. Das sei aus ihrer Sicht keine angemessene Form des Umgangs dem Forum gegenüber. Viele Teilnehmer/innen signalisierten ihre Zustimmung zu dieser Äußerung. Frau Kleimeier erkundigte sich nochmals nach den genannten Beträgen: Der Bundesrechnungshof habe 250.000 Euro ermittelt, und das WSA habe bei seiner eigenen Ermittlung ca. 80% darauf geschlagen, so dass nun Kosten in Höhe von 450.000 Euro im Raum stünden. Sie wies darauf hin, dass die Klärung dieser Frage eine besondere Bedeutung für das Forum und die gemeinsame Arbeit habe, da künftig weitere Kosten entstünden und die Baumaßnahmen noch nicht beendet seien. Aus ihrer Sicht hätte diese Information ins Forum gehört. Auch wenn der Bundesrechnungshof die dargelegten Feststellungen getroffen habe - für das WSA Berlin und für das Forum wäre es ein Leichtes gewesen, darzustellen, dass der Kostenteilungsanspruch nicht berechtigt sei: Nicht die Bäume seien für den Zustand des Kanals und für die Kosten zu seiner Sicherung verantwortlich, sondern die jahrzehntelang unterlassene Instandsetzung und Instandhaltung des Kanals durch das WSA Berlin, sowie der von Jahr zu Jahr steigende Schiffsverkehr, der wiederum auch vom WSA Berlin zugelassen worden sei. Sie führte an, dass, wenn Sie Bezirksvertreterin wäre, sie klar dafür eintreten und erklären würde, dass die (Bezirks)bäume keine Schuld hätten; sie würde sogar noch weiter gehen und von der WSV Schadensersatz für die gefälltten Bäume fordern. Wenn die Bezirke die jetzt von der WSD Ost geforderten Kosten zahlen müssten, wäre aus ihrer Sicht die künftige Vorgehensweise festgelegt. Außerdem bemängelte sie, dass zusammen mit den Schreiben der WSD Ost an die Bezirke weitere Unterlagen verteilt worden seien, die undifferenziert Angaben über Honorarkosten von Beteiligte und Kosten der Mediation enthielten. Sie vermute dahinter die Absicht, den Bezirken zu verdeutlichen, wie teuer das

Mediationsverfahren sei. Würde sie Böswilligkeit hinter dem Vorgehen annehmen, würde dies einen Versuch darstellen, das Mediationsverfahren auf diese Weise zu beenden. Wenn man die ganzen Kosten für die Kanalsanierung und -instandsetzung den Bäumen zurechnen würde, hätte sie die große Sorge, dass den Bezirken ihre Bäume zu teuer werden könnten und diese deshalb die Bäume fällen lassen müssten. Sie bat darum, bei den weiteren Gesprächen zu berücksichtigen, was die Ergebnisse zukünftig für Folgen für das Mediationsverfahren und auch für den Landwehrkanal selbst haben. Eine aus ihrer Sicht logische Folge dieses Gedankens könnte auch sein, die Fahrgastschifffahrt ebenfalls an den Kosten für die Kanalsanierung und -instandsetzung zu beteiligen – dabei tue ihr Herr Freise jetzt allerdings schon leid. Sie betonte, dass eine solche Kostenbeteiligung durch die Reeder keineswegs ihr Wunsch sei.

Herr Freise kam zurück auf die Äußerung von Frau Kleimeier bezüglich einer Kostenbeteiligung der Schifffahrt und erklärte, dass seine Reederei kein Schreiben von der WSD Ost erhalten habe. Allerdings beteiligten sie sich auch bereits an den Kosten: so habe die Reederei Riedel die Arbeiten an der Kottbusser Brücke in Höhe von 45.000 Euro selbst getragen, und für die Kolkverfüllung am Urbanhafen haben sie 50.000-60.000 Euro bezahlt. Ihm sei wichtig aufzuzeigen, dass die Vertreter der Schifffahrt nicht untätig seien und auch erhebliche finanzielle Leistungen tätigen würden.

Es wurde deutlich, dass die Folgewirkungen der Regelungen der anstehenden Kosten aus verschiedenen Gesichtspunkten bedeutsam seien. Frau Kleimeier betonte die möglichen Folgewirkungen für das Mediationsverfahren, Herr Grössel verwies darauf, dass es ähnliche Situationen auch an anderen Wasserstraßen geben würde, so dass auch aus diesem Grund sorgsam das weitere Vorgehen überlegt werden müsste. Darüber hinaus ergänzten die Mediatoren, sei es eine wichtige Aufgabe des Forums, gemeinsam darüber nachzudenken, wie solche Kommunikationsdefizite abgebaut und bestenfalls vermieden werden können.

Herr Lücking erklärte, dass er die Sorge von Frau Kleimeier teile. Aus seiner Sicht sei es sehr ärgerlich, dass es zum wiederholten Male zu solchen Kommunikationsschwierigkeiten gekommen sei. Das Thema sei über einen langen Zeitraum bekannt und seiner Ansicht nach bewusst nicht im Forum kommuniziert worden. Für ihn sei auch nicht nachvollziehbar, dass das WSA die Kosten nicht konkret benennen könne. Er forderte das WSA auf klarzustellen, um welche Kosten es sich handle, und die Unterlagen offen zu legen. Das sei Voraussetzung dafür, dass das Forum mitreden und -diskutieren könne.

Herr Scholz erklärte für das WSA, den BRH-Bericht nicht zeitnah erhalten zu haben. Er sagte zu, die erforderlichen Unterlagen zum Verständnis dieser Thematik transparent machen zu wollen.

Auf die Frage von Herrn Dohna, wie der Bundesrechnungshof an das interne Zahlenmaterial des WSA gekommen sei, erklärte Herr Grössel, dass der Bundesrechnungshof sich das Material selbst zusammensuche, wenn er Prüfungen durchführe. Er und auch Herr Scholz seien selbst nicht so stark involviert gewesen. Frau Kleimeier erklärte, der Zeitpunkt, als das WSA versucht habe, die Kosten, die der BRH ermittelt habe, selbst nachzuvollziehen, wäre der rechte Moment gewesen, an dem Herr Scholz den Sachverhalt gegenüber dem Forum hätte transparent machen und dem BRH gegenüber hätte klarstellen können und müssen.

Herr Kessen nahm noch einmal die offene Frage des Forums auf, wie die Differenz zwischen den Kosten, die der Bundesrechnungshof ermittelt habe, d.h. 250.000 Euro und denen, die das WSA ermittelt habe, d.h. 450.000 Euro, zustande komme auf und fragte nach, ob dies hier zu klären sei. Herr Grössel erläuterte, dass im Bericht des Bundesrechnungshofes die Summe 250.000 Euro pauschal und ohne weitere Erläuterung stehe. Er nehme an, dass diese Summe aufgrund der Akteneinsicht im WSA im Rahmen der Prüfung durch den Bundesrechnungshof zustande gekommen sei. Um als Behörde Kosten geltend machen zu können,

benötige die WSD Ost aber konkrete Kostenaufstellungen als Grundlage für die mit den Betroffenen zu führenden Verhandlungen. Daher sei das WSA von der WSD Ost beauftragt worden, selbst die Kosten zu ermitteln. Auch Frau Kayser drückte ihre Irritation darüber aus, dass Bundesrechnungshof und WSA auf so unterschiedliche Zahlen gekommen seien. Sie schlug vor, dass eine Aufstellung gemacht werde, was in den Zahlen jeweils enthalten sei, um nicht weiter spekulieren zu müssen. Herr Grössel erklärte, die Kostenaufstellung des WSA könne man vorlegen, die Berechnungsunterlagen des Bundesrechnungshofes habe er allerdings nicht.

Herr Hess gab zu Bedenken, dass unabhängig davon, welche Behörde letztlich welche Zahlungen zu leisten habe, es am Ende der Steuerzahler sei, der die Kosten zu tragen hätte. Er erkundigte sich bei Herrn Grössel und Herrn Scholz, wie es um die rechtlichen Auseinandersetzungen betreffs der Baumaßnahme am Schiffbauer Damm / Weidendammer Brücke stünde - um daraus eventuell Rückschlüsse für den Landwehrkanal ziehen zu können. Herr Scholz erklärte, dass das Verfahren sich hinziehe und das BMVBS mit dem Senat dazu in Verhandlungen stehe.

Auf erneute Nachfrage sagte Herr Grössel zu, die beiden Berichte des Bundesrechnungshofes dem Forum gegenüber sofort transparent machen zu wollen, Herr Scholz sagte dies für die Kostenaufstellungen des WSA zu. Beide wollen die Informationen umgehend über die Mediatoren dem Forum zur Verfügung stellen.

Angesichts der angesprochenen Folgewirkungen und der wahrgenommenen Intransparenz regten zahlreiche Forumsmitglieder an, dass das Forum an den Verhandlungen zwischen WSD-Ost und Bezirken beteiligt sein sollte. Frau Kleimeier unterstrich den Gedanken, Gespräche zwischen WSD Ost und Bezirken zu dieser Thematik – und auch zu etwaigen möglichen anderen – unter Einbeziehung des Forums zu führen: Die Teilnehmer/innen des Forums hätten über den langen Zeitraum der gemeinsamen und intensiven Arbeit den besten Überblick über die zugegebenermaßen hochkomplexen Zusammenhänge. Die Rechtsabteilung einer Behörde hingegen, der diese Zusammenhänge dazu noch unglücklich und/oder unvollständig kommuniziert würden, müsste die kompetente Unterstützung des Forums doch auch gut gebrauchen können, z.B. in einem Gespräch zum Thema „Auseinandersetzung mit den Forderungen des Bundesrechnungshofes“.

Herr Grössel wiederholte, dass er dies heute so nicht zusagen könne, da mehrere Beteiligte zustimmen müssten, insbesondere auch die Bezirksämter. Alle müssten die Zeit haben, sich rückversichern zu können.

Herr Dohna bat Herrn Grössel, in die WSD Ost die dringende Bitte des Forums mitzunehmen, dass die dem Forum bekannten Vertreter/innen der WSD Ost wieder regelmäßig an den Forumssitzungen teilnahmen, zumal diese dem Forum gegenüber zugesagt hätten, die Kommunikation zwischen BMVBS und Forum sicherzustellen. Bereits zum zweiten Mal hintereinander mussten im Forum wichtige Themen in Abwesenheit der Vertreter/innen der WSD Ost besprochen werden.

Herr Lücking fasste aus seiner Sicht zusammen, dass das Forum nach seinem Verständnis existiere, um direkt miteinander zu reden. Das Thema der Kostenteilung stehe seit Herbst 2009 zur Klärung an und sei in seiner Wahrnehmung bis auf den letzten Drücker verschoben worden. Er sehe es als Aufgabe der WSV an, solche Themen hier dem Forum vorzutragen. Herr Grössel sagte zu, all dies mitzunehmen und in der WSD Ost vorzutragen. Herr Dohna bat Herrn Grössel darum, auch sicherzustellen, dass sein Feedback, das er von der WSD Ost zu diesen Fragen und Wünschen des Forums erhalte, den Weg zurück ins Forum finde. Die Mediatoren schlugen vor, dass Herr Grössel sie hierzu anrufen könne. Sie gaben Herrn Grössel mit, dass es dem Forum keineswegs darum ginge, überall mitzureden zu wollen, sondern vielmehr darum, dann beteiligt zu werden, wenn es um existenzielle Belange des Mediationsforums ginge und die Kompetenz des Forums den Gesprächsverlauf und –inhalt

hilfreich unterstützen könnte.

Herr Grössel bat die Mediatoren darum zusammenzufassen, was er konkret mitnehmen solle. Dies sei insbesondere:

- den Unmut der Forumsteilnehmer über den Umgang mit dem Forum WSV-intern weiterzuvermitteln;
- zu verdeutlichen, dass es dem Forum vor allem um das WIE (wie läuft etwas ab, wie wird kommuniziert) und nicht allein um das WAS (was passiert/geschieht) gehe;
- das Interesse des Forums zu vermitteln, zeitnah zu erfahren, wo eine diesbezügliche Veränderung (für das Forum) sichtbar wird;
- das unterstützende Angebot und das große Interesse des Forums weiterzutragen bezüglich seiner Teilhabe des Forums an den anstehenden Verhandlungen zwischen Bezirken und der WSD Ost.

Die Mediatoren baten die betreffenden Bezirksvertreter, dass auch sie das Ergebnis ihrer internen Rücksprache - ob eine Beteiligung von Forumsvertretern bei den Gesprächen mit der WSV möglich ist - an sie zurückmelden.

Herr Appel thematisierte die Ablehnung der Zuständigkeit durch das Land Berlin. Herr Leder ergänzte, dass damals 2007 die Genehmigung zur Fällung der Bäume direkt durch SenStadt - ohne Beteiligung des Bezirks Mitte - erfolgt sei¹.

Frau Dr. Ernst wandte ein, dass in den Berichten des Bundesrechnungshofes vertrauliche Daten, z.B. über Frau Bodenmeier, enthalten seien, die nicht der Öffentlichkeit zugänglich gemacht werden dürften. Frau Bodenmeier erläuterte, dass sie für Auskünfte gern bereit stünde, sie jedoch einer Veröffentlichung sie betreffender personenbezogener Daten und der Höhe ihres Gehalts nicht zustimmen würde. Aus ihrer Sicht sei der Bericht völlig unreflektiert und ohne Rücksprache mit den Betroffenen versandt und damit veröffentlicht worden. Sie regte an, dass auch die Mediatoren sich die Unterlagen vor Verteilung noch einmal ansehen sollten. Herr Scholz legte daraufhin fest, dass die Unterlagen zuerst nochmals geprüft würden und diejenigen Teile, die aus datenschutzrechtlichen Gründen nicht veröffentlicht werden dürften, nicht versandt bzw. geschwärzt würden. Frau Kleimeier betonte, dass es Unrecht gewesen sei, diese Daten und Zahlen an die Bezirke herauszugeben. Herr Grössel räumte dies ein. Herr Grössel und Herr Scholz sagten zu, dass sie sich am folgenden Tag noch einmal zusammensetzen würden, um festzulegen, was in den Unterlagen geschwärzt werden müsse, bevor es an die Forumsteilnehmer/innen verschickt werde.

Die Mediatoren schlugen vor, das Thema an dieser Stelle abzuschließen und bedankten sich bei Herrn Grössel für sein Kommen und seine Erläuterungen. Dieser bedankte sich für die Aufmerksamkeit der Forumsteilnehmer/innen und verabschiedete sich aus der Sitzung.

3.2. Bericht aus den Arbeitsgruppen

3.2.1. AG Bestandserfassung und -bewertung: Zwischenpräsentation am 14.12.2010

Frau Voskamp berichtete von der dritten Sitzung der Arbeitsgruppe Bestandserfassung und -bewertung, an der auch folgende Gäste als Experten teilgenommen hatten: Frau Appel (BfG, Bundesanstalt für Gewässerkunde), Frau Köhler (SenGUV), Herr Krauß (BUND) und Herr Dr. Wolters (IGB Berlin). Die Vertreter/innen der Arbeitsgemeinschaft DHI-Wasy und Jestaedt, Wild & Partner berichteten schutzgutbezogen über den Stand der Dinge der Be-

¹ Anmerkung SenStadt / Frau Mangold-Zatti im Nachgang zur Sitzung: „Dies trifft nicht zu. Vor dem Hintergrund des damals bekannten Sachverhaltes, dass notwendige Maßnahmen zur Gefahrenabwehr erfolgen mussten, bedurfte es keiner Genehmigung durch die Berliner Naturschutzbehörden und dementsprechend hat SenStadt 2007 für die Baumfällungen am Landwehrkanal keine Genehmigung erteilt. Nur vor der Fällung von 3 Linden im Bezirk Friedrichshain-Kreuzberg zur Gefahrenabwehr wurde SenStadt im Rahmen der Benennungsherstellung nach dem damaligen § 20 BNatSchG mit einbezogen, wobei auch hier das o.g. gilt.“

standserfassung und -bewertung, wie er sich zum Termin Mitte Dezember 2010 darstellte. Die konkreten Inhalte können dem Protokoll der Sitzung entnommen werden. Etwa für Februar 2011 sei vorgesehen, zwischen WSA und Arbeitsgemeinschaft eine Abstimmung über die bis dahin vorliegende Entwurfsfassung durchzuführen. In der Sitzung sei die Bitte geäußert worden, den interessierten und den fachkundigen Forumsvertreter/innen eine Teilnahme an diesem Termin zu ermöglichen, da das Forum sich auch als innerer Auftraggeber der Arbeitsgemeinschaft verstehe.

In der Sitzung wurde vereinbart, dass die Daten, die im Rahmen der Auftragsbearbeitung der Bestandserfassung und -bewertung gesammelt, zusammengestellt und erarbeitet würden, leicht zugänglich gemacht werden sollten. Wegen ihres Umfangs könnten diese nicht einfach per E-Mail versandt werden. Um dennoch die Zugänglichkeit für alle zu ermöglichen, habe Frau Dr. Ernst angeregt, evtl. einen Computer mit allen Daten im Gläsernen Büro bereit zu stellen.

In der Arbeitsgruppensitzung sei auch deutlich geworden, dass es sinnvoll sein könne, bereits jetzt den Tiergartenbereich in den Untersuchungsrahmen mit einzubeziehen, da dies wertvolle Grundlagen für mögliche spätere Ausgleichsmaßnahmen liefern könne.

Frau Dr. Ernst ergänzte den Bericht der Mediatoren um die Information, dass der Termin zur Vorabstimmung mit der Arbeitsgemeinschaft zwischenzeitlich vereinbart worden sei und am 4. Februar 2011 stattfinden werde. Sie bat das Forum darum, ihrer Arbeitsgruppe etwa zwei Wochen Zeit einzuräumen, um die Unterlagen sichten und mit der BfG beraten zu können. Sie sagte zu, die Informationen anschließend – und ggf. nach etwaig erforderlichen Änderungen oder Ergänzungen - dem Forum zugänglich zu machen. Dann könne gemeinsam überlegt werden, wann eine Rückkopplung mit dem Forum zu diesen Ergebnissen stattfinden könne. Dies könne z.B. in der nächsten, d.h. der 27. Forumssitzung am 21. Februar 2011 besprochen werden. Die Mediatoren bedankten sich für diese Ergänzung und erinnerten nochmals, dass Frau Dr. Ernst sich und ihre Arbeitsgruppe nicht ohne Not unter Druck setzen möchte, da gegenwärtig Themen zu bearbeiten seien, denen ggf. Vorrang einzuräumen sei.

Im Hinblick auf das Thema der Zugänglichkeit von Daten erinnerte Herr Appel an die Zusage des WSA, die Daten zum Baumkataster für das Forum bereit zu stellen. Bisher sei dies nicht umgesetzt, daher erkundige er sich nach dem Fortgang. Frau Dr. Ernst erläuterte, dass die Firma rmk² das Baumkataster am 15. Dezember 2010 an sie übergeben habe. An diesem Termin habe auch der Denkmalgutachter Herr Bappert teilgenommen, da dieser mit den Daten sogleich im Rahmen seiner Gutachtenerstellung weiterarbeiten müsse. Dabei habe man festgestellt, dass die mittels GIS³ erstellten Daten (von rmk) beispielsweise mit dem Programm „MicroStation“⁴ nicht kompatibel seien. Für den 9. Februar 2011 sei ein Termin mit der Firma rmk vereinbart, um diese Kompatibilitätsschwierigkeiten zu klären und zu lösen. Frau Dr. Ernst berichtete, dass der Computer, über den auch diese Daten Interessierten zugänglich gemacht werden solle, für das Gläserne Büro bereits bestellt sei. Zudem sei die Papierversion des Baumkatasters dort bereits einzusehen. Da es sich um wertvolle Daten handle, sollten diese aus ihrer Sicht nicht frei verfügbar ins Internet gestellt werden. Ein weiterer Termin zur Übergabe der Baumkataster-Daten an die Bezirke (im Excel-Format) und zur Erläuterung ihrer Handhabung stehe noch aus und werde in Kürze vereinbart. Wie die Daten der Bestandserfassung und -bewertung für eine Bereitstellung im Internet bzw. auch im Gläsernen Büro aufzuarbeiten seien, werde wie vereinbart in einer nächsten Sitzung der AG Bestandserfassung und -bewertung gemeinsam besprochen.

² Das Büro rmk hat das Baumkataster für das WSA erstellt.

³ Geoinformationssysteme (GIS) Geographische Informationssysteme zur Erfassung, Bearbeitung, Organisation, Analyse und Präsentation geografischer Daten.

⁴ Computerprogramm (CAD), Softwareprodukt zur Erstellung von Zeichnungen.

Herr Appel bedankte sich für diese Erläuterungen bei Frau Dr. Ernst und fügte hinzu, dass es ihm auch um die Bereitstellung noch anderer Unterlagen ginge, und zwar um eine von Herrn Wild zugesagte Karte mit den eingetragenen Standorten der Bestandsbäume. Diese sei auch in der Präsentation von Herrn Wild im Forum gezeigt worden. Herr Wild habe zugesagt, diese Karte auf eine Sharing-Plattform im Internet einstellen zu wollen. Das sei jedoch wohl noch nicht erfolgt. Frau Dr. Ernst erklärte, dass, wenn dies so vereinbart worden sei zwischen Herrn Wild und Herrn Appel, das WSA daran nicht beteiligt gewesen sei und es dann wohl an ihr vorbei gegangen sei. Sie könne nur zusagen, dass ein Computer mit diesen Daten im Gläsernen Büro bereitgestellt werde, sobald er im WSA Berlin eintreffe.

3.2.2. AG Urbanhafen: van Loon im Urbanhafen am 16.12.2010

Herr Kessen berichtete von der Arbeitsgruppensitzung „van Loon im Urbanhafen“ am 16. Dezember 2010, die auf einem Schiff der Reederei van Loon im Urbanhafen stattgefunden habe. Hintergrund der Sitzung sei gewesen, dass das Team der van Loon vorhabe, ein Schiff gegen ein etwas größeres Schiff auszutauschen, um auch im Winter genügend Plätze für Gäste anbieten und damit wirtschaftlich arbeiten zu können. Die Rolle des Forums sei es, bei dieser Thematik zu beraten oder zu unterstützen, allerdings nicht zu entscheiden. Vorgehensweise in der Sitzung sei gewesen, berichtete Herr Kessen, zunächst die Ziele der Sitzung zu klären. Anschließend seien sie klassisch mediativ vorgegangen und hätten zunächst Interessen und Bedürfnisse der Beteiligten gesammelt, um später die verschiedenen Varianten damit abgleichen zu können. Gemeinsam sei herausgearbeitet worden, dass es eine Variante gebe, bei der viele mitgehen könnten. Insgesamt seien vier Varianten vorgestellt und besprochen worden, drei davon würden bauliche Maßnahmen beinhalten. Die vierte, die sogenannte Nullvariante wirke sich nach Darstellung und Einschätzung des Teams der van Loon existenzgefährdend für die Reederei aus.

Im Vorfeld der heutigen Forumssitzung hätten die Mediatoren das Team der van Loon gebeten, ins heutige Forum noch einmal die mit allen relevanten Maßen versehenen Unterlagen mitzubringen, damit alle nochmals Gelegenheit hätten, einen Blick auf die Planungen werfen zu können. In der Sitzung hätten die Teilnehmer/innen signalisiert, dass es aus ihrer Sicht nicht zur Nullvariante für das van Loon-Team kommen müsse und eine der anderen Varianten als Empfehlung an das Forum infrage komme. Die Sitzung musste etwas überstürzt und daher ohne eine Vereinbarung geschlossen werden, da das Schiff, auf dem die Sitzung stattfand, zeitlich nicht länger zur Verfügung gestanden habe und zu einer Rundfahrt habe ablegen müssen.

Die genauen Inhalte der Diskussion können dem Protokoll der Sitzung entnommen werden.

Die Forumsteilnehmer/innen hatten vereinbart, unter diesem TOP mit den Berichten aus den zwischenzeitlich stattgefundenen Arbeitsgruppensitzungen zunächst nur Transparenz für alle herzustellen und zu ermöglichen, dass alle auf demselben Stand seien. Die Diskussion über die weitere Vorgehensweise wurde nach hinten verschoben (und findet sich im vorliegenden Protokoll unter TOP 5).

3.3. Bericht des WSA Berlin

Frau Voskamp begrüßte Herrn Hans Panhoff, der zwischenzeitlich eingetroffen war. Er ist seit zwei Wochen der neue Baustadtrat des Bezirks Friedrichshain-Kreuzberg und damit Nachfolger von Frau Kalepky. Er stellte sich kurz selbst vor: er sei zuständig für den Bereich Bauen, Wohnen und Immobilienservice. Er habe großes Interesse daran, am Mediationsverfahren Zukunft Landwehrkanal teilzunehmen und wolle so auch die Kontinuität der Beteiligung des Bezirks sicherstellen. Frau Voskamp bedankte sich und drückte im Namen des Forums ihre Freude aus über sein Interesse und seine Teilnahme am heutigen Termin, die er trotz Terminfülle zum Amtsantritt ermöglichen konnte. Dass er nahezu sogleich nach Aufnahme seiner neuen Tätigkeit bereits an dieser Forumssitzung teilnehme, werde auch als Symbol gewertet für die hohe Bedeutung und das große Interesse am Fortgang des Mediationsverfahrens.

3.3.1. Konzeption Entwurf HU (Haushaltsunterlage)

Frau Voskamp bat Frau Dr. Ernst um einen Bericht zum Stand der Dinge in Sachen Konzeption Entwurf HU, der wegen des Urlaubs von Frau Dr. Ernst bis vor einer Woche heute einziger Tagesordnungspunkt unter dem TOP „Bericht aus dem WSA“ sein werde. Sie erläuterte, dass mehrere Forumsteilnehmer/innen im Vorfeld der Sitzung an die Mediatoren mit der Bitte herangetreten seien, diesen Punkt als Tagesordnungspunkt für die Forumssitzung aufzunehmen. Es sei zudem angeregt worden, dass das WSA bereits in dieser Sitzung eine Gliederung der Konzeption Entwurf HU vorstellen möchte, da diese für die Vorbereitung auf den Termin am 7. Februar 2011 im BMVBS hilfreich wäre.

Frau Dr. Ernst erklärte, dass sie zunächst überrascht gewesen sei, dass der „Bericht des WSA“ entgegen ihrer Annahme auf der Tagesordnung der heutigen Forumssitzung gestanden hätte. Dennoch wolle sie gern berichten, denn seit der letzten Forumssitzung Mitte November 2010 sei vieles passiert und angeschoben worden. Vorrangig gehe es jetzt um die Darstellung des Ist-Zustands. Entgegen der Aussage von Herrn Hädicke seinerzeit, dass ein Großteil der erforderlichen Unterlagen bereits vorhanden sei, habe sich herausgestellt, dass die entsprechende Erarbeitung doch deutlich mehr Zeit in Anspruch nehmen würde.

Frau Dr. Ernst berichtete, dass zwischenzeitlich Altunterlagen aufgetaucht seien, in denen nahezu lückenlos das linke und das rechte Ufer des Landwehrkanal dokumentiert seien. Diese Unterlagen beinhalteten sowohl die Bauweise, als auch das Baujahr und die damaligen Kostenansätze. Diese Unterlagen hätten die Arbeitsgruppe einen sehr großen Schritt weiter gebracht. Derzeit liefen innerhalb des WSA noch mehrere Anfragen mit der Bitte um weitere Unterlagen. Einige lägen bereits vor, andere stünden noch aus.

Frau Dr. Ernst setzte ihren Bericht fort mit der Information, dass die Arbeitsgruppe Landwehrkanal aufgrund der Initiative und Unterstützung seitens des BMVBS weitere personelle Verstärkung durch drei Ingenieure aus dem Wasserstraßenneubauamt (WNA) bekommen habe.

Mit den Vertretern von SenGUV habe sie sich am 18. November 2010 und am 2. Dezember 2010 getroffen, um das weitere Vorgehen zu besprechen. Für sie sei jetzt wichtig durchzurechnen, welche Auswirkungen welche baulichen Veränderungen am Kanal auf den Wasserspiegel hätten. Um dies zu ermitteln, werde mithilfe eines Rechenmodells ein Mindestquerschnittsprofil für den Landwehrkanal errechnet. Als Bemessungsgrundlage hierfür würden die Daten des derzeit größten zugelassenen Fahrgastschiffes im Landwehrkanal, der „Fortuna“, angenommen. Dabei werde auch berücksichtigt, dass weitere Wassernutzer/innen wie beispielsweise Paddler/innen gefahrlos den Kanal nutzen können müssten.

Da außerdem statische Erkenntnisse zum Zustand der Ufermauern ganz wichtig seien, habe das WSA zwischenzeitlich das Ingenieurbüro GuD mit der Erstellung der Statik für die 370 m + 50 m (Teststrecke) beauftragt. Erste Berechnungen für Abschnitte ohne Bäume seien bereits fertig gestellt. Frau Dr. Ernst verwies darauf, dass diese im Dezember 2010 vom Büro GuD vorgestellt worden seien. Ihrer Einschätzung nach ließen die Ergebnisse sich sehr gut auf den restlichen Kanal übertragen. Frau Dr. Ernst berichtete weiterhin, dass ein Termin mit Prof. Dr. Weihs stattgefunden habe, um gemeinsam nochmals genau nachzuvollziehen, wie die Bäume am Landwehrkanal in der Böschung verwurzelt seien. Prof. Dr. Weihs habe dem WSA gegenüber eine schriftliche Stellungnahme dazu für Februar 2011 in Aussicht gestellt. Auch mit den Berliner Wasserbetrieben stehe das WSA in gutem Kontakt. Ein Termin habe zwischenzeitlich stattgefunden, der ergeben habe, dass das WSA zum Thema der Einleitbauwerke direkt auf die verschiedenen jeweils gebietsweise zuständigen Personen selbst zugehen könne. Bisher gehe es dabei nur um das Bauliche. Belange, die das Thema „Abfluss“ beträfen, werde sie direkt mit den zuständigen Senatverwaltungen besprechen. Bezug nehmend auf die Frage aus dem Forum nach einer Gliederung für die Konzeption Entwurf HU erinnerte Frau Dr. Ernst an die bisher vorgestellte Gliederung, die nach wie vor in dieser Form Gültigkeit habe und auch bereits mehrfach vorgestellt worden sei:

1. Darlegung des IST-Zustands
2. Darlegung des SOLL-Zustands (in Form von Zielformulierungen)
3. Randbedingungen

4. Fächer der technisch möglichen Lösungsvarianten

5. Ableitung der Lösungsvariante/n aus Punkt 4.

Derzeit stünde die Ermittlung und Darstellung des IST-Zustands im Mittelpunkt ihrer Arbeit. Im Dezember 2010 sei mit dem BMVBS verabredet worden, dass die Ist-Analyse für die Konzeption Entwurf HU bis Ende März 2011 fertig zu stellen sei. Die Ergebnisse sollten unmittelbar in die Haushaltsunterlage (Konzeption Entwurf HU) einfließen.

Die Mediatoren bedankten sich bei Frau Dr. Ernst und fragten das Forum, ob es Verständnisfragen oder Stellungnahmen dazu gebe.

Frau Fortwengel äußerte sich irritiert darüber, dass Frau Dr. Ernst derzeit einschätze, dass Ergebnisse sich gut übertragen ließen, während in der AG-Sitzung am 4. Oktober 2010 zur Auswertung der Mauerwerksarbeiten an der Anlegestelle Kottbusser Brücke vom Ingenieurbüro GuD festgestellt worden sei, die Ergebnisse ließen sich nicht auf den restlichen Kanal übertragen. Damals habe Herr Dr. Mittag von GuD gesagt, es sei wichtig, jeden Bereich gesondert zu untersuchen. Frau Fortwengel könne außerdem noch nicht nachvollziehen, warum ohne Bäume gerechnet worden sei.

Frau Dr. Ernst stellt klar, dass es in der genannten Arbeitsgruppensitzung im Oktober 2010 um den konkreten Fall der Schädigung der Ufermauer gegangen sei. Es sei richtig, dass im Rahmen der Erstellung Ausführungs- und Ausschreibungsunterlagen jeder Bereich einzeln gerechnet werden müsse; auf der HU-Ebene sei diese Detailtiefe jedoch noch nicht erforderlich, so dass man daher allgemeiner rechnen könne. Zu den Berechnungen ohne Bäume erklärte sie, dass dies zunächst nur ein erster und zugleich notwendiger Schritt gewesen sei, da es ja auch Bereiche ohne Bäume gebe. Sie berichtete, dass das Büro GuD den Wunsch geäußert habe, seine Ergebnisse selbst im Forum bzw. in einer Arbeitsgruppe vorstellen zu können. Die bisherige angenommene Größe von 30 KN pro Baum solle jetzt relativiert werden. Frau Dr. Ernst sagte zu, dass das Gutachten von GuD vor einer nächsten zu dieser Thematik stattfindenden Sitzung an die Teilnehmer/innen verteilt werde, damit diese die Möglichkeit haben, sich auf die Präsentation vorbereiten zu können.

Herr Lücking kam zurück auf die Erläuterung von Frau Dr. Ernst zum Querschnittsprofil des Kanals, das derzeit gerechnet werde und erkundigte sich, ob das bedeute, dass jetzt die Größe des Kanals festgelegt werde, bzw. was das z.B. für den Begegnungsverkehr bedeute. Frau Dr. Ernst versicherte, dass zum jetzigen Zeitpunkt nichts festgelegt werde, sondern jetzt nur die Extreme gerechnet würden, um - am Beispiel der „Fortuna“ im Einrichtungsverkehr - ein Gefühl für Veränderungen und deren Auswirkungen zu bekommen. Die Randbedingungen (Teil 3 der Konzeption) würden mit dem Forum gemeinsam festgelegt.

Herr Appel fragte nach, ob das SOLL (Teil 2 der Konzeption), was Mindestquerschnitt und Abflussverhältnisse angehe, bereits feststehe, worauf Frau Dr. Ernst erklärte, dass hierfür noch Zuarbeit aus dem Sachbereich 2 fehle und die Frist hierfür um zwei Wochen verlängert worden sei. Ihre Priorität lag zunächst auf der personellen Verstärkung der Arbeitsgruppe.

Auf die Frage von mehreren Forumsteilnehmer/innen, wer genau denn diese drei zusätzlichen Ingenieure aus dem WNA seien, erläuterte Frau Dr. Ernst, dass es sich um gut qualifizierte Personen handle, die bisher beispielsweise am Teltowkanal und am Finowkanal gearbeitet hätten. Da sie selbst sehr stark mit Organisations- und Koordinationsaufgaben befasst sei, müsse auch der biologische müsse auch der Bereich Gewässerökologie in der AG LWK fachlich und personell noch besser abgedeckt werden. Frau Kayser erkundigte sich nach der Denkmalerfahrung der drei Ingenieure bzw. des Teams insgesamt. Herr Scholz verwies darauf, dass das WSA eine Wasserbaubehörde sei und Fragen, die Denkmalbelange betreffen, durch die Unterstützung und die Zuarbeit der zuständigen Fachbehörde für Denkmalschutz bearbeitet würden. Frau Dr. Ernst ergänzte, dass die Ingenieure bisher zwar eher keine Denkmalerfahrung hätten, der Thematik gegenüber jedoch aufgeschlossen seien. Daraufhin betonte Frau Kayser, dass es auch im Ergebnis einen qualitativen Unterschied ausmache, ob z.B. ein Architekt Erfahrungen im Umgang mit Baudenkmalen hätte oder

nicht. Frau Dr. Ernst appellierte an die Teilnehmer/innen, der Arbeitsgruppe und insbesondere auch Herrn Heier, der bereits seit einem Jahr dabei wäre und als Ansprechpartner für diese Thematik zur Verfügung stehe, Vertrauen entgegen zu bringen. Der Wunsch des Forums nach einem Denkmalarhitekten für die späteren Phasen, d.h. wenn es dann um die konkreten Baumaßnahmen ginge, sei ihr durchaus präsent. Frau Kayser äußerte ihre Sorge, dass jetzt bereits die Grundlagen für alles spätere Vorgehen gelegt werde und dass die erst für später geplante Einbindung eines Denkmalarhitekten dann zu spät sei, um die für das Denkmal wichtigen Belange noch aufnehmen und umsetzen zu können. Die Denkmalbehörden stünden für Abstimmungen zur Verfügung, könnten allerdings nicht jede Planung und Ausschreibung im Detail kontrollieren. Hierfür sei die Einbindung eines externen Experten erforderlich. Frau Kayser war es wichtig, die Sicherheit zu haben, dass bereits bei der Erstellung von künftigen Ausschreibungsunterlagen die spezifischen Anforderungen des Landwehrkanals hinsichtlich des Denkmalschutzes angemessen berücksichtigt werden. Das Denkmalamt könne nur unterstützen, aus ihrer Sicht müsse darüber hinaus ein qualifizierter Experte laufend beratend zur Verfügung stehen.

Frau Dr. Ernst erinnerte daran, dass die Zusammenarbeit und das Ergebnis am Maybachufer doch für alle Seiten zufriedenstellend gewesen seien. Dies stelle gleichzeitig ein gutes Beispiel dafür dar, dass in einem gemeinsamen Prozess ein gutes Ergebnis erreicht werden könne.

Frau Kleimeier erklärte, dass die Erstellung der Konzeption Entwurf HU für den Landwehrkanal nicht vergleichbar sei mit der Baumaßnahme an Maybachufer / Kottbusser Brücke. Deshalb sei es aus ihrer Sicht auch besonders wichtig, eine Entscheidung über die Sanierungsmethoden-Familie herbeizuführen.

Diese Diskussion zeigte zum einen auf, dass die Arbeitsgruppe Landwehrkanal froh und dankbar für die weitere Verstärkung und Unterstützung ist und dass gleichzeitig auch sicher gestellt ist, dass die vielfältigen Interessen und Bedürfnisse des Forums in einem frühzeitigen Planungsstand Berücksichtigung finden.

Vor diesem Hintergrund erbat Kleimeier erneut die Bereitstellung einer Gliederung zur Konzeption Entwurf HU. Sie halte dies für ihre Vorbereitung, Mitarbeit und Unterstützung des Fortgangs für sehr hilfreich. Dabei ginge es zum jetzigen Zeitpunkt noch nicht so sehr um die Inhalte, die ja noch nicht vollständig da sein könnten, sondern vielmehr um eine Übersicht, anhand derer man sehen könne, wo noch was zu besprechen sei. Aus ihrer Sicht sei weniger der Ist-Zustand der große Schritt und der Weg zur Planung der kleine Schritt, wie Frau Dr. Ernst es dargestellt habe, sondern die Planung halte sie für die Hauptaufgabe. Aus der Nachbesprechung der Arbeiten am Maybachufer/Kottbusser Brücke in der Arbeitsgruppensitzung im Oktober 2010 hätten sie die Erkenntnis mitgenommen, dass es sehr schwierig sei, auf Grundlage allgemeiner Annahmen grundsätzliche Berechnungen anzustellen. Am Corneliusufer müssten beispielsweise nach den neuen Entwicklungen die Spundwände neu gerechnet werden. Frau Kleimeier führte aus, sie halte es für sinnvoll, wenn diese bereits bearbeiteten Bereiche auch komplett bis zum Ende – d.h. bis zur vollständig abgeschlossenen Sanierung - gerechnet und anschließend auch gleich fertig gebaut würden. Sie warb dafür, dass die Verfüllung hinter den Spundwänden noch im Winter 2010/2011 erfolgen solle. Die Ufermauer könne dann im Sommer saniert werden – so könnte wieder ein Teil fertig gestellt werden. Frau Kleimeier stellte die Frage in den Raum, wie die Haushaltsunterlage berechnet werden solle, wenn doch noch nicht klar sei, was wie gebaut werde. Das Mediationsforum sei bereit und so weit, diese Entscheidungen über die nächsten anstehenden Schritte zu treffen und zu beschließen. Gleichzeitig würden sie von mehreren Seiten immer wieder hören, dass die Bürger/innen diejenigen seien, die so viel Zeit brauchen würden und den Fortgang verzögerten. Das WSA benötigte Grundlagen für die Planung, um voran kommen zu können und um festzustellen, welche Daten über den Ist-Zustand überhaupt benötigt würden. Erst wenn der Forumsbeschluss über die Sanierungsmethoden-Familie da sei, könne ihrer Auffassung nach z.B. die konkrete Terrassierung berechnet werden. Zusätzlich würden die Baugrunduntersuchungen benötigt, da nur auf dieser Grundlage festzustellen sei, was

notwendig sein werde, um die Spundwände einbringen zu können. Dazu kämen die Daten zu den Bäumen an den jeweils spezifischen Stellen. Erst auf Basis all dieser Daten könnten die Kosten ermittelt werden und in eine Konzeption Entwurf HU einfließen. Aus ihrer Sicht sei das eine Spirale, aus der man ohne Beschluss nicht heraus und nicht weiter komme. Ihrer Ansicht nach benötige das WSA diesen Beschluss vom Forum. Erst danach kämen die Themen Schifffahrt, Einrichtungsverkehr und Ausweichstellen u.a.m. Möglicherweise könnten aus ihrer Sicht Entscheidungen hierzu auch noch während der Planungsphasen getroffen werden. Sie als Bürgervertreter/innen würden nach Kräften den Fortgang unterstützen. Sie hörten sich um, wer etwas weiß, wie die Dinge voran kommen könnten und erkundigten sich auch detailliert nach technischen Möglichkeiten. So hätte beispielsweise Frau Kleimeier in einem Telefonat mit Herrn Al-Arja dessen Zusicherung erhalten, dass dieser bei Vorlage der Unterlagen für die Bodenbeschaffenheit und für die Betroffenheit von Bäumen als Unterstützung für das WSA überprüfen kann, wo mit welchen Einbringmethoden gearbeitet werden kann. Solche Angebote könne das WSA ihrer Ansicht nach allerdings auch erst annehmen, wenn man in die Planung einsteige - auch dafür sei der Beschluss des Forums aus ihrer Sicht notwendig.

Frau Voskamp fasste die Kernaussagen von Frau Kleimeier zusammen und fragte dann das Forum, was heute von den Teilnehmer/innen getan werden könne, um den Fortgang voranzubringen und noch stärker zu unterstützen und zu einem gemeinsam abgestimmten SOLL für den Landwehrkanal zu gelangen.

Frau Dr. Ernst stellte klar, dass das SOLL gemäß Konzeption Entwurf HU nicht die Planung sei. Das SOLL beinhalte z.B. die Untersuchung der Möglichkeiten des Richtungs- und Begegnungsverkehrs. Aufgrund dieser Erkenntnisse könnten z.B. mögliche Spundwände baumschonend eingebracht, d.h. beispielsweise in Richtung der Kanalmitte verschoben werden - was wiederum gleichzeitig Kosten sparen könnte. Erst wenn klar sei, wie die Wasserstraße aussehen müsse, könne man technische Lösungen untersuchen. Frau Kleimeier äußerte daraufhin ihre Vermutung, dass Wasserbauer möglicherweise ein anderes Verständnis von „Planung“ haben und damit vielleicht eine Begriffsverwirrung entstanden sei. Bei ihr sei jetzt angekommen, dass für Frau Dr. Ernst die „Planung“ die technische Lösung sei; für sie, Frau Kleimeier, ginge es bei der „Planung“ darum, zu überlegen, wo was wie verlaufen könne – und anschließend erst gehe es um das Ausloten und Finden der technischen Lösungen. Die technische Planung sei Teil der Ausführungsplanung und könne ihrer Ansicht nach dann erfolgen, wenn der Entwurf für den Kanal insgesamt stehe.

Frau Voskamp erkundigte sich bei Frau Dr. Ernst, ob sie es so richtig verstanden habe, dass das SOLL definiere, dass der Kanal mit seinen Abflussverhältnissen funktioniere. Frau Dr. Ernst bestätigte das und ergänzte, dass es dabei noch nicht um eine Zielvariante gehe. Zudem werde das SOLL gemeinsam mit dem Forum formuliert werden.

Frau Kleimeier äußerte ihre Sorge, dass mit den durchzuführenden Untersuchungen bezüglich der künftig notwendigen Mindestkanalbreite anhand des derzeit größten für den Kanal zugelassenen Fahrgastschiffes bereits doch präjudizierende Festlegungen getroffen würden, die den Lösungsraum einschränken könnten. Sie betonte, wie wichtig es sei, jetzt nichts vorweg zu nehmen. Ihrer Auffassung nach fehlten auch noch die statischen Untersuchungen von GuD. Sie schlug vor, das Thema auf die Forumssitzung am 21. Februar 2011 zu vertagen.

Generell wurde vom Forum nochmals betont, dass die SOLL-Darstellung durch den Kriterienkatalog des Forums abgedeckt werde und sich nicht auf einzelne Aspekte beschränken darf.

Herr Schael fragte nach, ob die Pilotstrecke jetzt fertig gebaut werde, was Frau Dr. Ernst bejahte. Er plädierte dafür, bald eine Lösung zu finden für die Verkehrsregelung im Landwehrkanal, damit das Hin und Her bezüglich Begegnungs- und Richtungsverkehr mit all seinen Unsicherheiten aufhöre. Aus seiner Sicht seien dafür keine hypothetischen Berechnungen notwendig. Herr Sahner plädierte dafür, dass ein Begegnungsverkehr für kleine Schiffe nicht

komplett ausgeschlossen werden sollte. Herr Appel erinnerte daran, dass die seinerzeit mit den Reedern abgestimmte Formel 'eingeschränkter Begegnungsverkehr' gelautet habe. Frau Dr. Ernst knüpfte an ihre früheren Ausführungen an und erklärte nochmals, dass mithilfe der Daten der „Fortuna“ zunächst ein nautisch erforderlicher Mindestquerschnitt ermitteln werde. Sie halte es auch für möglich, dass Herr Rehfeld-Klein weitere Berechnungen benötigen könnte, um konkrete wasserwirtschaftliche Aussagen machen zu können. Die wasserwirtschaftlichen Aspekte seien sogenannte harte Kriterien, während die Schifffahrt diesen nachgeordnet sei.

Herr Kessen fasste zusammen, dass bei ihm angekommen sei, dass für Frau Kleimeier der Fokus eher darauf liege, zu untersuchen, wo die Spundwand gesetzt werden müsse, während Frau Dr. Ernst zuerst prüfe, ob teilweise überhaupt eine Spundwand notwendig wäre. Er erinnerte außerdem an eine Sitzung der Lösungsfindungsgruppe, in der die Beteiligten einig darin waren, dass Einrichtungsverkehr grundsätzlich akzeptiert werden könne, wenn gewährleistet sei, dass es Stellen gebe, an denen Schiffe sich begegnen könnten - um z.B. nicht viele Kilometer fahren zu müssen, um 200 Meter zum Heimathafen zurück zu gelangen. Eine solche Entscheidung könnte zudem nur vom Forum getroffen werden. In der betreffenden Sitzung hätten viele Teilnehmer/innen das Gefühl gehabt, ganz kurz vor einer Lösung zu stehen.

Auf den erneuten Hinweis von Herrn Appel, dass das SOLL bestimme, welche Daten für die Erfassung des IST nötig sind, versicherte Frau Dr. Ernst, dass fehlende Untersuchungen auch noch nachgeholt werden könnten. Frau Kleimeier erinnerte an die Erfahrungen, wie lange es mitunter dauere bis einmal gefasste Beschlüsse in die Verwaltungsabläufe eingliedert und realisiert würden. Sie appellierte deshalb an das WSA, nicht zu spät anzufangen, um nicht weitere wertvolle Zeit zu verlieren. Bezug nehmend auf den Vorschlag von Frau Kleimeier, das Corneliusufer von GuD bis zum Ende planen und in der Ausführung begleiten zu lassen, erklärte Frau Dr. Ernst, dass sie damit heute mitgehen könne.

Herr Dohna äußerte seine Unzufriedenheit und Enttäuschung darüber, dass das WSA es noch nicht geschafft habe, eine Gliederung der Konzeption Entwurf HU vorzustellen, wie er das bereits im Vorhinein vor der heutigen Forumssitzung per E-Mail angemahnt hatte. Er sei sehr irritiert, dass die Beteiligten derart unterschiedliche Auffassungen von Begriffen wie „SOLL“, „Planung“ und „Ziel“ haben. Frau Dr. Ernst erläuterte erneut den Zusammenhang aus ihrer Sicht: Die Gliederung der Konzeption HU sei so angelegt, dass sich aus dem IST und den Randbedingung das SOLL ergeben werde. Diesen Schritt werde sie nicht allein, sondern gemeinsam mit dem Forum tun. Sie äußerte sich enttäuscht darüber, dass einige Mitglieder des Forums häufig vor allem betonten, was alles noch nicht getan worden sei. Sie wünsche sich eine stärkere Wahrnehmung dessen, was alles bereits angeschoben sei, und mehr Anerkennung dafür, dass seit der letzten Forumssitzung im November 2010 ein enormer Qualitätssprung in den Vorbereitungen der Konzeption HU erreicht worden sei.

Herr Kessen warb um Verständnis für die jeweils unterschiedlichen Sichtweisen. So sei es bspw. unterschiedlich, wer welche Informationen in welcher Tiefe benötige, um die Sicherheit zu haben, dass alles gut laufe. Für Herrn Dohna sei dies z.B. eine Gliederung der Konzeption Entwurf HU.

Herr Scholz unterstützte die Erläuterungen von Frau Dr. Ernst dahingehend, dass er dem Forum gegenüber versicherte, dass die AG Landwehrkanal jeden Tag mit allergrößtem Einsatz arbeite. Zur Erstellung der Konzeption Entwurf HU erläuterte er, dass das BMVBS diese benötige, um die Basiskosten einschätzen zu können. Anschließend kämen dann die ökologischen Belange und das SOLL des Mediationsforums hinzu. Die Ausführungen von Frau Ernst vorhin beträfen lediglich Mindestbemessungsgrundlagen für den Kanal. Die Zusage des WSA, dass kein Baum gefällt werden würde, habe nach wie vor Bestand und sei zuletzt in einer Presseerklärung der vorletzten Woche erneuert worden. Er erklärte, er wolle die Teilnehmer/innen gern auch ermutigen, ihre kritischen Fragen direkt an das BMVBS zu stellen, damit die Belange des Forums und die des WSA in diesem Termin am 7. Februar 2011 auf den Tisch gelegt werden könnten.

4. Kommunikation mit dem BMVBS:

Vorbereitung der Dialog-Veranstaltung im BMVBS am 7.2.2011

Einleitend verwies Herr Kessen darauf, dass den Teilnehmer/innen die Einladung zur Veranstaltung im BMVBS am 7. Februar 2011 über die Mediatoren als E-Mail zugegangen ist. Wichtig sei, dass jede/r, der/die an der Veranstaltung teilnehmen wolle, sich bitte auf der ausgelegten Liste eintragen möchte, da das Ministerium die Mediatoren darum gebeten habe, die Liste mit den Anmeldungen bis zum 26. Januar 2011 an das BMVBS zu übermitteln. Nur wer auf der Liste stehe, werde die Einlasskontrolle am Eingang des Ministeriums passieren können. Die Mediatoren baten die Teilnehmer/innen diese Information auch in ihren jeweiligen Kreisen kund zu tun, damit jede/r, der/die heute nicht anwesend sei, auch noch die Gelegenheit nutzen könne, sich fristgerecht anzumelden.

Zu klären sei noch, ob und welches Material ggf. für die Sitzung benötigt werde. Herr Kessen berichtete, dass bei der gemeinsamen Sitzung mit den Mitarbeiter/innen des Ministeriums im Dezember 2010 besprochen worden sei, dass es sich um eine Dialog-Veranstaltung handle, nicht um eine Mediationsforumssitzung. Die Mediatoren werden ebenfalls an der Sitzung teilnehmen und die Belange der Mediation und des Forums vertreten, jedoch nicht in einer gesprächsleitenden Rolle. Er forderte die Teilnehmer/innen auf, gut darauf zu achten, was ihre Bedürfnisse und Erwartungen hinsichtlich der Veranstaltung seien.

Die heutige Vorbereitung der Veranstaltung könnte anhand der folgenden Fragen erfolgen:

- Was sind die Erwartungen an den Termin?
- Was ist wichtig für die Teilnehmer/innen?
- Was wird ggf. noch für die Veranstaltung benötigt?

Um Transparenz über die Abläufe sicher zu stellen, informierten die Mediatoren die Teilnehmer/innen, dass mit Frau Dr. Rettmeier vom BMVBS vereinbart sei, dass sie vor dem 7. Februar 2011 noch einmal miteinander telefonieren würden, um das BMVBS über die heutige Sitzung zu informieren und um zu ermöglichen, dass die Vertreter/innen des BMVBS sich ebenfalls gut auf den Termin vorbereiten könnten.

Herr Appel nahm den Punkt „Erwartungen an den Termin“ auf und bat darum, dass nicht nur Befürworter der Mediation als Gesprächspartner anwesend sein sollten. Er würde es außerdem sehr begrüßen, wenn auch diejenigen in der Veranstaltung vertreten wären, die – insbesondere im Hinblick auf die Thematik Konzeption Entwurf HU – Experten für die anstehenden Kostenfragen seien. Ein weiteres Thema seien für ihn die immer wieder auftretenden „Kommunikations-GAU“s. Zusätzlich verwies er auf die Kleine Anfrage der Grünen im Bundestag, die dem Forum zur Kenntnis übermittelt worden sei. Dazu habe der Verein BaL Nachfragen formuliert und an das BMVBS gerichtet. Sobald ihn eine Beantwortung vorliege, werde er diese über die Mediatoren bereitstellen.

Herr Kessen fasste zusammen, was bis dahin gesagt wurde:

- Nicht nur „Ja-Sager“ bzw. Befürworter der Mediation sollten anwesend sein, sondern auch Personen, die der Mediation kritisch gegenüber stünden.
- Es besteht Bedarf, Transparenz darüber herzustellen, wo kommunikative Defizite liegen bzw. wo etwas nicht rund läuft.
- Die Chance nutzen, dass das, was ein Mediationsverfahren leisten kann und welches Potenzial ein solches Forum beinhaltet, auch im BMVBS ankommt.

Herr Dohna äußerte seine Bitte an die Mediatoren, dass er sehr begrüßen würde, wenn dem Forum ein Entwurf des Protokolls der heutigen Sitzung zum 7. Februar 2011 vorliegen könnte.

Frau Kleimeier erinnerte daran, dass der ursprüngliche Wunsch des Forums gewesen sei, dass die Mitarbeiter/innen des BMVBS das Mediationsforum besuchen. Dies basierte auf der Erkenntnis, dass es den Anschein habe, dass einzelne Mitarbeiter/innen im BMVBS - trotz wiederholter Versicherung der Vertreter/innen der WSD Ost, dass dieser Informationsfluss in ihrer Zuständigkeit liege und sehr gut funktioniere - überhaupt nicht richtig und vollständig informiert seien über das, was in den jeweiligen Forums- und Arbeitsgruppensitzungen besprochen und erreicht werde. Aus ihrer Sicht sollte auch das BMVBS den Mediationsteilnehmer/innen im Vorfeld der Veranstaltung seine Fragen an das Forum mitteilen, damit sich

das Forum darauf vorbereiten könne. Ein weiterer wichtiger Punkt sei, dass das Forum die Leistungen und Erfolge der gemeinsamen Arbeit in der Mediation dargestellt. Die Mediatoren erklärten, dass der Tagesordnungspunkt 2 der vorliegenden Einladung genau diesem Gedanken Rechnung trage.

Herr Dohna erkundigte sich, welche Personen die WSD Ost in dem Termin vertreten werden. Herr Scholz vermutete, dass dies die Aufgabe von Herrn Hildebrandt sein werde. Diese Frage könne in der Sitzung nicht geklärt werden, konstatierte Herr Kessen, da niemand da sei, der die Antwort sicher wisse.

Herr Kessen wies darauf hin, dass in seiner Wahrnehmung im BMVBS noch nicht vollständig angekommen sei, dass es sich im Mediationsforum um viele unterschiedlichste Interessensgruppen handle. Insofern das Forum sich als Forum präsentieren möchte, sollte deutlich werden, dass nicht nur das WSA und die Bürgerinitiative/der Verein BaL sich im Forum gegenüber säßen, sondern auch Reeder, Bezirke, Umwelt- und Naturschutzverbände, Wirtschafts- und Verbandsvertreter und Denkmalschutz – dies sollte sichtbar und wahrnehmbar werden.

Frau Kayser erklärte ihr persönliches Dilemma, dass sie zuerst die Hoffnung hatte, dass durch die Arbeit im Forum die verschiedensten Belange schneller geklärt werden könnten als auf herkömmlichem Wege und man so schneller zu Lösungen kommen würde - aber jetzt stelle sie fest, dass doch alles sehr lange dauern würde. Damit wolle sie keinerlei Kritik in irgendeine Richtung äußern, sondern vor allem das Dilemma schildern, in dem sie sich sehe. Herr Dohna regte an, genau das den Vertreter/innen im BMVBS vorzutragen. Er erinnerte daran, dass in seiner Wahrnehmung seit jetzt 8 Monaten nichts passiert sei. Daher wolle er gern wissen, warum das „Innehalten“, das durch das BMVBS ausgelöst worden sei, so lange andauere. Auch würde er gern erfahren, was das genau heiße: innehalten.

Die Mediatoren erklärten, dass sie in den Gesprächen im Ministerium selbst auch bereits kommuniziert hätten, dass das Forum bereit sei - bereit die notwendigen Vereinbarungen zu schließen und Beschlüsse zu fassen, die für gute und von allen als zumindest akzeptable angesehene Lösungen für den Landwehrkanal vonnöten sind.

Frau Fortwengel erklärte, dass sie sich insgesamt eine größere Nähe zum Ministerium wünschen würde - dann stellte sich die Situation, die seit letzten Februar 2010 zu einem gewissen Stillstand geführt habe, möglicherweise ganz anders dar und der Verlauf wäre anders gewesen. Vor etwa einem Jahr, erinnerte sie sich, sei das Forum regelrecht euphorisch gewesen angesichts der Fortschritte und des Tempos, das dabei an den Tag gelegt worden sei – aber dann seien sie ausgebremst worden, zumindest fühle es sich so an.

Im Zusammenhang mit der Beantwortung der Kleinen Anfrage der Grünen im Dezember 2010 regte Frau Kleimeier an, dass auch in Bezug auf solche Fragen das große Potenzial und die Ressourcen des Forums genutzt werden könnten, damit künftig qualitativ bessere Antworten auf solche Anfragen kommen könnten.

5. Diskussion zum Thema „van Loon am Urbanhafen“

Herr Kessen griff das Thema der im vorliegenden Protokoll unter 3.3.2. bereits vorgestellten Arbeitsgruppensitzung auf. Einleitend verwies er darauf, dass in dieser Sitzung sehr sauber mediativ gearbeitet worden sei; d.h. dass zuerst Interessen und Bedürfnisse der Beteiligten gesammelt worden seien anhand der Fragestellung: was ist den einzelnen Beteiligten jeweils wichtig? Aus dem ihm im Rohentwurf vorliegenden Protokoll der Sitzung las er vor, was gesammelt wurde:

- sicherstellen, dass zukünftig erforderliche ökologische Ausgleichsflächen nicht blockiert werden,
- Chance nutzen, bei Veränderungen ökologische Potenziale zu nutzen,
- sicherstellen, dass aus zukünftigen Baustellen keine Ansprüche (z.B. Umsatzeinbußen u.a.) abgeleitet werden,
- langfristige betriebliche Zukunftssicherung der van Loon & ihres Teams;

- Anlaufstelle für Kleingewerbe langfristig erhalten bzw. ermöglichen (durch die van Loon),
- Vorhaben sollten die Belastungen für die Anwohner/innen nicht erhöhen,
- Erlebbarkkeit der Hafensituation gewährleisten,
- Raumpotenzial für Baustellenlogistik darf nicht beschnitten werden,
- Anerkennung der van Loon für Vorbildfunktion und Erhöhung der Sicherheit für Passanten im Bereich Urbanhafen,
- Sicherstellen, dass einzelne Entscheidungen nicht übergeordnete Planungen und Konzepte behindern,
- Erlebbarkkeit des Wassers gewährleisten.

Anhand dieser gesammelten Interessen und Bedürfnisse nahmen die Sitzungsteilnehmer/innen anschließend eine erste Bewertung der einzelnen Varianten vor, die für die geplante Veränderung am Anleger der van Loon entworfen worden seien, berichtete Herr Kessen.

Das Team der van Loon habe in der Sitzung die einzelnen Varianten anhand bemaßter Zeichnungen vorgestellt - allerdings habe eine Darstellung von Variante 2 gefehlt und in Variante 1 seien nicht alle Schiffe der Reederei eingezeichnet gewesen.

Herr Kessen referierte die Erkenntnisse der Teilnehmer/innen aus der Arbeitsgruppensitzung: Die Variante 1 hätte außer Schiffs- und Stegneubau keine Baumaßnahmen zur Folge. Es entstünde eine Art Wasserbecken zwischen Schiff und Ufer, so dass der Hafencharakter aus Sicht vieler Teilnehmer/innen noch besser erlebbar sei. Eine Vermüllung dieses Beckens sei wohl nicht zu befürchten, da die Eigentümer selbst ein Interesse an einem sauberen Umfeld hätten. Herr Buge von SenGUV, der an der Arbeitsgruppensitzung teilgenommen habe, habe sich dahingehend geäußert, dass er bei der Variante 1 gute Möglichkeiten sehe, ökologische Ausgleichsmaßnahmen durchzuführen. Er habe deutlich gemacht, dass die Durchführung der geplanten Baumaßnahme für seine Behörde kein Präjudiz darstellen würde. Jeder einzelne Fall unterläge seiner Ansicht nach einer jeweiligen Einzelfallprüfung und führe nicht automatisch zu einem Präzedenzfall, auf den Dritte sich berufen könnten.

Frau Dr. Ernst ergänzte die Erläuterungen durch zwischenzeitlich gewonnene Erkenntnisse dahingehend, dass im Anschluss an die Sitzung für sie im weiteren Gespräch deutlich geworden sei, dass das äußere Schiff - die „Josephine“ – bei Bedarf auch ablegen und den Anleger verlassen könne. Das erhöhe die Flexibilität bei möglichen Engpässen. Diese Beweglichkeit des Schiffes würde von der Reederei van Loon auch schriftlich zugesichert werden. Dadurch habe das WSA kein Problem mehr mit Variante 1.

Herr Appel erläuterte, welche Schwierigkeiten er immer noch mit Variante 1 habe: die gesamte Anlage – Anleger plus Schiffe – würde 7,50 m weiter in Richtung der Fahrrinne und 4 m weiter in Richtung der potenziellen ökologischen Ausgleichsfläche ragen als zum jetzigen Zeitpunkt – das müsse allen klar sein. Herr Kessen ergänzte aus der Sitzung, dass Herr Buge erklärt habe, die Baumaßnahme könne auch mit der Auflage, ökologische Ausgleichsmaßnahmen anzulegen, verknüpft werden, und dass Herr Sahner dem spontan zugestimmt habe. Am Ende der Sitzung hätten sich viele für die Variante 1 ausgesprochen.

Herr Kessen erläuterte weiterhin, dass Variante 2 den Umbau der bestehenden L-Förmigen Terrasse bedeute, was für die Reederei mit erheblichen Mehrkosten verbunden sei.

Die Mediatoren berichteten, dass ihnen im Vorfeld der heutigen Sitzung per E-Mail schriftliche Stellungnahmen vorlägen von Forumsteilnehmer/innen, die sich für die heutige Sitzung entschuldigt hätten:

- Herr Hiller, der auch bei der Arbeitsgruppensitzung dabei war, habe sich ausdrücklich für die Variante 1 ausgesprochen.
- Herr Loch habe Wert darauf gelegt, dass seine Stellungnahme wörtlich verlesen werde: *„Die Stern und Kreisschiffahrt will keinesfalls die wirtschaftliche Entwicklung anderer Unternehmen blockieren. Wir legen dabei allerdings Wert auf diskriminierungsfreie Gleichbehandlung aller Marktteilnehmer. Bisher ist Spruchpraxis des WSA, dass im Landwehrkanal bis auf weiteres keine Anlegestellen mehr genehmigt werden. Insofern machen wir unsere Zustimmung zur Erweiterung der Anlegestelle der Reederei van*

Loon davon abhängig, ob die Spruchpraxis des WSA geändert wird oder nicht. Sofern das WSA Anträge auf Anlegestellen im Landwehrkanal bzw. deren Umgestaltung zukünftig einer dann ggf. auch juristisch überprüfbaren Einzelprüfung unterzieht, würden wir uns dem Vorhaben van Loon nicht entgegenstellen. In diesem Fall weisen wir allerdings ergänzend auf die Ausführungen von Herrn Appel zu ökologischen Ausgleichsflächen im Landwehrkanal hin. Andernfalls wären wir mit der Ausweitung der Anlegestelle van Loon nicht einverstanden.“ (E-Mail vom 24.1.2011 an die Mediatoren)

- Herr Gersbeck habe sich im Namen des Reederverbandes für die Realisierung der geplanten Maßnahme der Reederei van Loon ausgesprochen.

Die Mediatoren erklärten, dass anhand dieser Beispiele wieder deutlich werde, dass schriftliche Stellungnahmen die Arbeit in der Mediation erheblich erschwerten, da schriftlich eingereichte Aussagen nicht veränderbar seien und dadurch keinerlei Möglichkeit der gemeinsamen Klärung im Gespräch gegeben sei. Ziel der Mediationssitzungen sei es, gemeinsam an den Themen zu arbeiten, um dann auch gemeinsam Lösungsräume auszuloten.

Frau Kleimeier formulierte ihre Bedenken bezüglich der geplanten Baumaßnahme. Die Anlage werde in Realität größer werden als aus den Plänen ersichtlich. Sie halte die präsentierte Planzeichnung für nicht vollständig. Außerdem befürchte sie weitere nachteilige Auswirkungen für die Anwohner/innen, die bisher noch gar nicht berücksichtigt seien, wie z.B. zusätzlicher Stellflächenbedarf für Fahrräder, Müllplätze etc. Ihre größte Sorge sei, dass bei einer möglichen Zustimmung durch das Forum zu der geplanten Maßnahme auch andere Reedereien nachziehen könnten und entsprechende Anträge einreichen würden, um ihre Anleger und ihre Schiffe zu vergrößern.

Herr Scholz erläuterte die Situation aus Sicht des WSA: Seit 2003 herrsche die Praxis vor, dass keine neuen Genehmigungen ausgesprochen und bereits im Landwehrkanal bestehenden Anlagen Bestandsschutz genießen würden. Er erinnerte daran, dass immer auch eine Genehmigung vom jeweiligen Bezirk vorliegen müsse und eine von SenGUV. Würden diese Behörden sich gegen eine Maßnahme aussprechen, würde das WSA dem folgen. Unklar sei für ihn dabei die rechtliche Auslegung der oben genannten Praxis. Deshalb habe er auch angeboten, diese Punkte im Forum zu besprechen. Für ihn stelle sich jetzt v.a. die Frage, wie das Forum mit zukünftigen Anträgen dieser Art umgehen wolle.

Herr Kessen stellte für das Forum klar, dass die Entscheidung, eine Veränderungssperre über den Landwehrkanal zu verhängen, nicht aus dem Mediationsforum gekommen sei, sondern aus dem WSA und dass damit auch die Verantwortung hierfür beim WSA liege.

Herr Panhoff erklärte, dass er mit den Wasserthemen noch nicht so vertraut sei wie das Forum, dass es sich aber aus seiner Sicht ganz klar um einen Präzedenzfall handeln würde. Er sei dankbar für das offene Wort von Herrn Scholz zu dieser Thematik. Er vermute, andere Reeder könnten ähnlich argumentieren wie die van Loon. Aus seiner Sicht werde es bei einer Umsetzung der Pläne der Reederei van Loon zu mehr Zielverkehr an Land kommen als bisher. Als Beleg für seine Befürchtung möglicher negativer Auswirkungen führte er die Admiralbrücke an: Dort würde auch ein Mediationsverfahren laufen und dort gehe es um den Umgang mit nachteiligen Auswirkungen von Besucherverkehr auf das Wohnumfeld. Er merkte an, dass für ihn noch nicht greifbar sei, wie dort die Ergebnisse des Verfahrens im Frühjahr 2011 umgesetzt werden könnten. Als Bezirksvertreter schaue er aus einer anderen Perspektive auf die Thematik als andere Forumsteilnehmer/innen. Er verdeutlichte, dass er die gesamte komplexe Hafensituation betrachten müsse.

Herr Freise führte aus, dass aus seiner Sicht unterschieden werden müsse zwischen neuen Anlagen und Umbaumaßnahmen. Er halte es für bedenklich, wenn das Forum die Entwicklung einer bestehenden Anlage hier blockieren würde. Er selbst stünde mit der „Iskele“ vor einer ähnlichen Herausforderung wie das Team der van Loon: An anderer Stelle werde einer seiner Stege für die Sanierung des Landwehrkanals zurückgebaut werden müssen. Anschließend werde dieser wieder hergerichtet, aber anders und u.a. behindertenfreundlich. Es sei geplant, dass z.B. ein weiterer Anlegesteg näher an die Marshallbrücke herangelegt werde, um die Zuwegung für die Fahrgäste zu vereinfachen. Gleichzeitig würde er Anlagen am

Landwehrkanal auch zurückbauen. Er sehe die Gefahr, dass man sich mit einer radikal ausgelegten Veränderungssperre auch hinsichtlich sinnvoller Veränderungen und Verbesserungen lahm legen würde.

Frau Kayser erklärte, dass jedes Vorhaben aus ihrer Sicht immer eine Einzelfallentscheidung bleiben werde, da in jedem einzelnen Fall und an jeder einzelnen Stelle einzeln geprüft werden müsse. Es sei immer eine ganze Reihe von verschiedensten Einflussfaktoren, die zur Bewertung eines Projekts herangezogen würden. Im Urbanhafen sei beispielsweise die räumliche Situation zu berücksichtigen - man habe einen ganz anderen Abstand zum gegenüberliegenden Ufer als an anderen Stellen im Landwehrkanal. Außerdem müsse nach ihrer Auffassung auch in die Bewertung einfließen, dass es bisher mit dem Betreiber der van Loon keine Probleme gegeben habe.

Herr Schael erklärte, bei den Planungen der van Loon seien die unterschiedlichen Nutzungen auch zu berücksichtigen: der Bereich, um den es sich handle, diene als Hundebadestelle, als Ein- und Ausstiegsstelle für Kanuten und auch für Wasservögel. Die früher von Herrn Rehfeld-Klein als Idee aufgeworfene Perlenkettenstrategie könne in diesem Bereich aus seiner Sicht nur funktionieren, wenn das „Brummelschiff“ (Schiff zur Sauerstoffbelüftung des Kanals) eine andere Liegestelle erhalte und durch seine Verwirbelungen unter Wasser nicht jenes Leben störe, welches sich gerade mühsam angesiedelt habe.

Als Ausgleichsmaßnahme schlug Herr Sahner schwimmende Inseln vor – damit habe er bereits Erfahrung, da er solche bereits an anderer Stelle habe bauen lassen. Herr Appel erkundigte sich, inwiefern es überhaupt möglich sei, schwimmende oder aufgeschüttete Inseln in Richtung der Fahrrinne für Wassertiere und Vögel herzurichten.

Frau Fortwengel äußerte ihre Bitte, auf Aufbaumöglichkeiten auf dem Schiff, die eine Nutzung des Decks ermöglichen, zu verzichten. Sie befürchte insbesondere im Sommer ansonsten erheblich höhere Lärmbelastung für die Anwohner/innen als jetzt.

Frau Tonn erbat Aussagen in Form von Darstellungen, Informationen bzw. Zahlen zu den Auswirkungen der geplanten Baumaßnahme an Land, insbesondere zu den Themen Lieferverkehr, Müll, Fahrradverkehr, Auswirkungen auf die öffentliche Grünfläche. Herr Sahner erklärte, diese Zahlen dabei zu haben und vortragen zu können. Darüber hinaus verwies er auf ein Gespräch, das er mit Herrn Schädel vom Grünflächenamt Friedrichshain-Kreuzberg geführt habe. U.a. sei es um die Frage der Zufahrtsmöglichkeiten für Lieferanten für seinen Gastronomiebetrieb gegangen. Diese müssten beispielsweise gar nicht von der Straße durch die Grünfläche fahren, vielmehr könne die Anlieferung auch mittels Rollwagen funktionieren. Zudem habe er vor einiger Zeit einen schönen Müllplatz gebaut. Dieser werde auch bei einer geplanten Erweiterung ausreichend sein. Sollte wider Erwarten mehr Müll zusammen kommen als bisher, könne man eine häufigere Abholung vereinbaren, der bisherige Rhythmus betrage 4 Tage. Frau Höfler war wichtig, verständlich zu machen, warum sie mit ihrer Planung im Forum seien: Seit der Sperrung des Landwehrkanals zugunsten der Nutzung der Winterbauzeit für die Durchführung von Sanierungsarbeiten durch das WSA sei es nicht mehr möglich, dass die „Philippa“ wie früher auch im Winter Touren fahre. Hierdurch hätten sie erhebliche finanzielle Einbußen zu verkraften. Bei dem Vorhaben, das eine im Urbanhafen liegende Schiff zu vergrößern, gehe es vor allem um die Sicherung ihrer Existenz und ihres Betriebes, an dem weitere Existenzen hingen. Sie verstünden sich als Mitglieder des Mediationsforums. In der Arbeitsgruppe sei vieles schon ausführlich besprochen worden und an den Ausgleichsmaßnahmen seien sie dran. Aus ihrer Sicht würde sich für das Umfeld kaum etwas verändern, viele Gäste kämen seit vielen Jahren gern zu ihnen und das Team der van Loon sei für alles offen, was zu einer Optimierung führt und zu einer Lösung, mit der alle gut leben könnten.

Herr Panoff betonte, Sympathie für die van Loon zu haben. Er verwies auf das Dilemma, in dem er sich befinde, da er gleichzeitig die Sorge habe, dass andere Reedereien nachziehen könnten und diese möglicherweise viel weniger sensibel mit der jeweiligen örtlichen Situation umgehen würden. Weiter beschäftigte ihn die Frage, was das WSA berechtige, den Markt

auf diese Weise abzuschotten und damit Neubewerbern und einer wirtschaftlichen Entwicklung am Kanal fast keine Chance zu geben. Er bat Herrn Scholz um seine Einschätzung, ob es aus seiner Sicht verantwortet werden könne, die „Schleuse“ mit einer Genehmigung für van Loon möglicherweise zu öffnen. Herr Scholz erklärte, dass er nicht wissen könne, was sich daraus entwickeln könne. Die drei oder vier Anträge, die dem WSA für den Landwehrkanal vorlägen, bezögen sich nicht auf den Urbanhafen. Bei allen handle es sich wohl um Anträge für neue Anlegestellen, was aus seiner Sicht mehr Brisanz beinhalte. Die Frage, die sich ihm derzeit stelle sei, wie das WSA in diesen Fällen verwaltungsrechtlich sauber ablehnen könne. Gegenüber der Idee, z.B. schwimmende Inseln zu bauen, würde er sich nicht verschließen. Wichtig sei, dass der Freiraum für Ausweich- oder Überholstellen erhalten bliebe dabei. Solche Inseln halte er aus seiner Sicht für denkbar. Sie müssten verankert werden, d.h. sie dürften sich nicht völlig frei im Wasser bewegen, und sie dürften auch nicht länger sein, als z.B. die in den Zeichnungen des van Loon-Teams dargestellten Schiffe.

Die Mediatoren stellten nochmals deutlich heraus, dass das Forum hinsichtlich des Vorhabens der van Loon nur eine Empfehlung aussprechen und keine Entscheidung treffen könne. Wichtig sei gewesen herauszuarbeiten, was den Beteiligten jeweils wichtig ist. Das Forum habe hier nur beratende Funktion. Bei den Beratungen sei herausgekommen, dass inhaltlich nichts wirklich gravierend gegen das Vorhaben sprechen würde. Die zentrale und noch offene Frage sei die nach möglichen Folgewirkungen. Ob die Genehmigung der Maßnahme ein Präjudiz darstellen würde, sähen Herr Buge und Herr Panhoff unterschiedlich. Herr Kessen fragte erneut, ob der Arbeit des Forums durch die Maßnahme etwas im gravierenden Maße entgegenstünde. Hier sei die Kompetenz des Forums gefragt, qualitative Aussagen zu treffen.

Herr Schael erklärte, dass aus seiner Sicht Herr Scholz als Leiter des WSA entscheiden müsse. Ansonsten befürchte er, dass das Forum womöglich alle zwei Monate einen neuen Antrag diskutieren müsse, und das wolle er nicht akzeptieren. Über die ökologischen Maßnahmen werde man sich nach seiner Einschätzung mit Herrn Sahner einigen können. Herr Lücking erklärte, dass aus gewässerökologischer Sicht nichts gegen die Maßnahme spreche.

Herr Dohna sprach sich in seiner Rolle als Interessenvertreter der Anwohner/innen vehement gegen eine Veränderung aus: einerseits werde der Ausbau der Gastronomie im Urbanhafen von den Personen, die er vertrete, nicht gewünscht und andererseits betrachte er den Landwehrkanal in seiner Gesamtheit. In der betreffenden Arbeitsgruppensitzung habe er deutlich gemacht, dass die Variante 1 für ihn die einzige sei, die überhaupt diskutiert werden könne, was nicht heiße, dass er der Variante 1 zustimme.

Herr Kessen wies darauf hin, dass es hier aufgrund der Nicht-Entscheidungskompetenz des Forums nicht zwingend um eine einstimmige Empfehlung gehen würde. Daraufhin erinnerte Herr Appel daran, dass Herr Scholz früher gesagt habe, er mache seine Entscheidung bzw. die des WSA vom Votum des Forums abhängig. Darum wundere er sich, dass das Forum nur empfehlenden Charakter haben solle. Er befürchte eine Herunterstufung der Befugnisse und der Entscheidungskompetenz des Forums. Herr Kessen erläuterte daraufhin, dass er die Kompetenz des Forums im Rahmen der Zielsetzung des Mediationsverfahrens sehe. Bei Spundwänden, Bäumen, Ufermauern etc. werde es weiterhin keine Entscheidung ohne das einstimmige Votum des Mediationsforums geben.

Frau Bodenmeier unterstützte den Gedanken, dass das Forum eine mehrheitliche Empfehlung zum Anliegen des van Loon-Teams aussprechen könnte.

Die Mediatoren erklärten, ihr Eindruck sei, dass das Forum ein mehrheitlich einvernehmliches Votum abgeben könnte. Die Teilnehmer/innen wurden per Handzeichen um ihr Votum gebeten: Mit der einen Gegenstimme von Herrn Dohna sprachen sich die Anwesenden dafür aus, dass es Variante 1 bei einer möglichen Genehmigung durch die zuständigen Behörden favorisiere.

Da einige Teilnehmer/innen ihre Unzufriedenheit darüber äußerten, dass kein Einvernehmen im Forum hergestellt werden konnte, nahm Herr Kessen den Faden noch einmal auf: Er frag-

te Herrn Dohna, was sich an der Variante 1 für ihn ändern müsse, damit er sich enthalten könne, statt dagegen zu stimmen. Dieser erklärte, es gehe weniger um die Auswahl der Variante, als vielmehr um den damit einhergehenden Präzedenzfall – er befürchte, dass die Entscheidung einen Türöffner darstelle für weitere Projekte Dritter. Außerdem fehle ihm die Klarheit der Plandarstellung, die er benötige, um Vertrauen in die Planung haben zu können: die Zeichnungen seien nicht vollständig gewesen, daher traue er der Darstellung nicht. Es sei eher ein Zufall und täte ihm auch Leid, dass es nun die van Loon treffe - ihm gehe es dabei vor allem um das übergeordnete Ganze.

Herr Appel äußerte sein Unbehagen, dass mit zweierlei Maß gemessen werde. Da es keinen Konsens gebe, könne das Forum seiner Ansicht nach auch keine Empfehlung aussprechen. Herr Kessen fragte bei Herrn Dohna nach, ob er ihn richtig verstanden hätte, dass es ihm vor allem darum ginge, welche Folgen eine Empfehlung des Forums habe könne und dass er befürchte, damit werde ein Fass aufgemacht. Herr Dohna erklärte, er könne nicht zustimmen, er vertrete eine Minderheitenmeinung und werde dabei bleiben. Er vertrat außerdem die Ansicht, dass das Team der van Loon keinen Nachteil dadurch haben werde, dass er nicht zustimmen könne.

Herr Hess erklärte, dass er dem von vielen befürchteten Öffnen von Tür und Tor positiv gegenüber stehe: Mit der jetzigen Regelung der kategorischen Veränderungssperre habe auch er mit seinem Wassertaxi-Vorhaben keine Chance am Landwehrkanal.

Herr Appel ergänzte, dass das Projekt auch die Chance beinhalte, zu einem positiven Präzedenzfall für ökologische Ausgleichmaßnahmen werden zu können. Die Mediatoren erinnerten daran, dass Herr Buge sich ähnlich geäußert habe: jede Veränderung beinhalte auch immer eine Chance für ökologische Verbesserung.

Herr Scholz kündigte an, dass er nur über das Gesamtpaket, d.h. inklusive ökologischer Ausgleichsmaßnahmen, entscheiden würde.

6. Verschiedenes

Der TOP wurde aus Zeitgründen nicht mehr besprochen und auf die nächste, d.h. die 27. Forumssitzung am 21.2.2011 verschoben.

7. Verabschiedung

Die Mediatoren wünschten allen einen guten Heimweg und schlossen um 23.00 Uhr die Sitzung.